

Erstes Spontanurteil:

„Ja, ich bin für die Errichtung einer Berufsarmee, die allerdings unter strenger Kontrolle des Bundes stehen sollte und transparent ihre Struktur offen legen sollte. Diese Form wird den internationalen Erfordernissen (Verpflichtungen in NATO und UNO) am besten gerecht und erscheint mir kostengünstiger.“

Materialanalyse:

Kriterien:

- Krieg sollte nicht als etwas bloß auf Distanz stattfindendes empfunden werden. Eine Gesellschaft muss die Konsequenzen eines militärischen Konfliktes vermittelt bekommen, um Kriege nicht bloß aufgrund des Fehlens der persönlichen Betroffenheit zu legitimieren. Die Frage nach der Sensibilität in Bezug auf Kriegseinsätze muss unter einem Berufsheermodell neu gestellt werden.
- Die Befürchtungen aufgrund der Erfahrungen der Weimarer Republik bzgl. eines „Staat im Staates“, führen zur Frage der Stabilität einer Demokratie unter einem Berufsheer. Auch der Aspekt der Bürgernähe spielt in diesem Kontext eine Rolle
- Angesichts knapper Haushalte und wirtschaftlicher Rezession ist die Frage nach den Kosten der Form des Berufsheeres vs. Wehrpflicht zu stellen.
- Inwieweit ist die Kontinuität einer Armee (Stichwort: Nachwuchsfähigkeit) zu gewährleisten?
- Der Aspekt der Wehrgerechtigkeit ist bedeutend, da das GG eine prinzipielle Gleichwertigkeit der Dienste gebietet
- Veränderte außenpolitische Strukturen und der Wert der internationalen Sicherheit sind zentral und von großer Wichtigkeit. Inwieweit wird das Modell des Berufsheeres diesen Umständen gerecht.
- Legitimiert die Verfassung „out of area“-Einsätze?
- Der Wehrdienst, als ein Pflichtdienst, greift in die persönliche Freiheit ein.

Zu klärende Sachverhalte/Sachverhaltsanalyse:

- Deutschland kann sich den Einsätzen außerhalb seines Staatsgebiets nicht mehr entziehen. Als starker wirtschaftlicher Machtfaktor in Europa ist seine stärkere Eine Bindung in den politischen und militärischen Teil der NATO unabdingbar. Wenn Deutschland nicht in die zweite Reihe der europäischen und internationalen Staaten rutschen will, muss es sich aktiv in die gemeinsame Sicherheitsvorsorge und Verteidigung einbringen. Die militärische Sicherheitsvorsorge kann sich daher nicht allein auf die Landes- und Bündnisverteidigung beschränken. Wäre der Verlust von politischem Einfluss zwingend eine Konsequenz aus einer Nichtbeteiligung heraus?
- In Übereinstimmung mit der Charta bestimmt Artikel 24 des Grundgesetzes, dass sich die Bundesrepublik Deutschland in ein kollektives Sicherheitssystem einordnen kann. Als Mitglied der Vereinten Nationen hat sie die Rechte und Pflichten der Charta der Vereinten Nationen übernommen. Verfassungsbedenken scheint es daher nicht zwingend zu geben (?)
- Sich häufende „out-of-area“- Einsätze erfordern spezialisierte, motivierte Kräfte. Eine 10 monatige Ausbildung reicht nicht für diese Form der Einsätze

- die direkte Beteiligung des Bürgers innerhalb eines Wehrpflichtmodells schafft mehr „Nähe zum Krieg“, da es hier „Bürger“ und nicht „Profis“ sind, die einen Krieg führen. Man muss man davon ausgehen, dass eine Berufsarmee das öffentliche Bewusstsein ändert. Solange wir Wehrpflicht haben, wird die Sensibilität für Militäreinsätze immer höher sein. Einem Berufsheer würde man leichter und schneller etwas zumuten.

- Eine Rolle der Bundeswehr als “Staat im Staate”, wie sie der Reichswehr der Weimarer Republik zugeschrieben wird, ist heute nicht mehr vorstellbar. Zu sehr sind auch Soldaten mündige Bürger geworden.

- Der Wehrdienst ist ein Pflichtdienst. Die Aufrechterhaltung eines solchen Pflichtdienstes ist ein wesentlicher Eingriff in die Lebensplanung und die Persönlichkeitsentwicklung und -rechte eines jungen Mannes.

- Ggü. den Zivildienstleistenden ist schon heute keine Wehrgerechtigkeit gegeben. Während sie in fast vollständiger Anzahl eingezogen werden, sinkt regelmäßig der Anteil der zum Wehrdienst Herangezogenen durch Neudefinition der Einberufungskriterien

- Problematisch ist, dass mit der Abschaffung der Wehrpflicht und Konstituierung einer Berufsarmee die Auflösung des Zivildienstes einhergeht

- Hätten Menschen, die zur Zeit arbeitslos sind, wieder Arbeit und würden die sozialen Dienstleistungen erbringen, mit denen heute Zivildienstleistende beschäftigt sind, falls dieser Dienst mit der Wehrpflicht abgeschafft würde? Ist ein drohender Pflegenotstand zu bewältigen?

- Eine Armee mit Wehrpflichtigen ist teurer als eine Berufsarmee. Das Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik errechnete, dass bei einem Verzicht auf die Wehrpflicht die Bundesrepublik zur Unterhaltung einer Freiwilligenarmee von 200 000 Soldaten 13 Milliarden Mark pro Jahr sparen könne. Werde dieser Betrag zur Ausbildung und Finanzierung von Fachkräften in sozialen Einrichtungen verwendet, seien Zivildienstleistende dort nicht mehr nötig.(?)

- Das Gros der Militärexperten geht davon aus, dass angesichts leerer Staatskassen der Bundesregierung in den nächsten Jahren gar nichts anderes übrig bleibt, als die Wehrpflicht abzuschaffen.(?)

- Eine andere Quelle behauptet hierzu eine Berufsarmee sei teurer als eine Wehrpflichtarmee - selbst dann, wenn die Berufsarmee kleiner ausfällt.(?)

- Über 50 Prozent der Zeit- und Berufssoldaten sind über den Weg der Wehrpflicht in die Streitkräfte gekommen, und darüber hinaus gibt es einen gewichtigen Prozentsatz, der ohne das Instrument der allgemeinen Wehrpflicht, das heißt, ohnehin irgendwann dienen zu müssen, nicht zur Bundeswehr gekommen wären. Die Frage der

Nachwuchsfähigkeit ist für den Erhalt der Wehrpflicht entscheidend.

weiterentwickeltes Urteil:

„Nach Sichtung der Materialien bin ich weiterhin der Ansicht, dass eine Umstrukturierung der Bundeswehr hin zu einer Berufsarmee erfolgen sollte. Allerdings ist für mich die Voraussetzung entscheidend, dass der Wegfall des Zivildienstes kompensiert werden kann. Hierzu waren die Quellen uneindeutig. Des Weiteren ist in gezielter Weise die Öffentlichkeit für Kriege zu sensibilisieren, da durch ein Berufsheer keine direkte Verbindung mehr zwischen Bürger und Armee gegeben ist und eine Legitimation der Kriegseinsätze leichter politisch und gesellschaftlich durchsetzbarer scheint. Des Weiteren sollten „out-of-area“-Einsätze verschärfter Prüfung durch die Öffentlichkeit unterliegen. Eine Umstrukturierung der Bundeswehr darf hier nicht zu einer leichtfertigen Politik im Umgang mit dieser Form von Einsätzen führen. Meine Befürwortung eines Berufsheeres ist unter anderem auch in der Überzeugung verwurzelt, dass ein Zwangsdienst wie Wehrdienst oder Zivildienst in die Persönlichkeitsrechte von jungen Männern eingreift. Der Wegfall dieses Zwanges ist so auch von diesem Gesichtspunkt her zu begrüßen.“